Irland

Anthony Costello*

Die zweite Jahreshälfte 2021 gab der irischen Gesellschaft und Wirtschaft wieder Anlass zu vorsichtiger Hoffnung, nachdem in weiten Teilen der EU wegen der Covid-19-Pandemie mehr als ein Jahr lang landesweite Lockdowns verhängt worden waren. Mit EU-Fördermitteln und einer erfolgreichen Impfkampagne im Hintergrund begann die irische Wirtschaft einen Prozess der stufenweisen Öffnung. Irland gelang dabei die Steigerung der Beschäftigungsquote bei gleichzeitigem Rückgang pandemiebedingter Todesfälle. Alle kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsprognosen bleiben jedoch seit dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges, der die bereits bestehenden Folgeschäden der Lockdowns noch einmal verschlimmert hat, mit Unsicherheit behaftet. Wie andere EU-Länder auch, steuert die irische Wirtschaft auf eine Krise der allgemeinen Lebenshaltungskosten zu, die eine ohnehin angespannte Haushaltslage noch weiter verschärfen wird. Zusätzlich zu den Auswirkungen des Krieges riskiert das Vereinigte Königreich folgenschwere Konsequenzen für den Handel zwischen den Inseln durch seine einseitige Aufkündigung des Nordirland-Protokolls, begleitet von entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen der EU in Form eines Handelskriegs. Trotz all dieser Herausforderungen bleibt Irland nach wie vor der Förderung des europäischen Projektes und der Verteidigung seiner Grundwerte verpflichtet.

Covid-19-Pandemie

Die landesweiten Lockdowns hatten schwerwiegende Konsequenzen für den Arbeitsmarkt, das Wirtschaftswachstum und die haushaltspolitischen Ziele Irlands. Die Regierung subventionierte kleine und mittlere Unternehmen mit ca. 2,5 Mrd. Euro EU-Fördermitteln aus dem Programm SURE (Europäisches Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage) und erleichterte Lohnkostenzuschüsse und Kurzarbeitsregelungen.[1] Im Juli 2021, während der schrittweisen Öffnung der Wirtschaft, schätzte Irland seine um Covid-19 bereinigte Arbeitslosenquote auf 13,5 Prozent. Diese Zahl beinhaltet dabei auch bereits den Rückgang der Arbeitslosigkeit um 2,7 Prozent im Vormonat Juni 2021.[2] Diese Erholung des Arbeitsmarktes setzte sich dank der Mittel aus dem SURE-Programm, der Bemühungen um den Erhalt von Arbeitsplätzen und der schrittweisen Öffnung der Wirtschaft kontinuierlich fort. Dabei war Irlands Staatsdefizit im Jahr 2021 mit durchschnittlich 9,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) eines der höchsten in der EU, bei gleichzeitiger Staatsverschuldung von ca. 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).[3] Trotz der schrittweisen Öffnung der Wirtschaft machten

* Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Traguth.

1 Europäische Kommission: SURE at 18 months: third bi-annual report, COM(2022) 128 final, 24.3.2022.

2 Central Statistics Office: Monthly Unemployment July 2021, 9.8.2021, abrufbar unter https://www.cso.ie/en/releasesandpublications/er/mue/monthlyunemploymentjuly2021/ (letzter Zugriff: 15.7.2022)

3 Department of Finance/Department of Public Expenditure and Reform: Summer Economic Statement 2021, 14.7.2021.

weitere Verwerfungen in anderen Wirtschaftszweigen (z. B. Gastgewerbe/Tourismus) einen Rückgang dieser Zahlen unwahrscheinlich.

Die irische Regierung stellte für die Wiederbelebung der Wirtschaft 313 Mio. Euro über die Aufbau- und Resilienzfazilität (Teil von NextGenerationEU) bereit, aus der bis zum Jahr 2026 Zuschüsse in Höhe von 915 Mio. Euro zu erwarten sind, die im Rahmen der Verpflichtungen von NextGenerationEU und den Zielsetzungen des Green Deals, der Digitalisierungsreform, des nationalen Wiederaufbauplans sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen verausgabt werden sollen.[4]

Aufgrund des Erfolgs der irischen Impfkampagne konnten die meisten Beschränkungen dort bereits am 22. Januar 2022 aufgehoben werden.[5] Zu diesem Zeitpunkt waren der Bevölkerung insgesamt 2.677.156 Auffrischungsimpfungen verabreicht worden.[6] Auch die Anzahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 war von 61 Todesfällen am gleichen Tag des Vorjahres auf nun nur noch neun registrierte Fälle gesunken.[7]

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine

Der Krieg in der Ukraine übt spürbaren Einfluss auf die Wirtschaft Irlands aus: Die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich zunehmend auf die steigenden Lebenshaltungskosten, die auch von den wirtschaftlichen Folgen der verminderten russischen Gaslieferungen an den europäischen Kontinent getrieben werden. Der Krieg und seine Kosten verschärfen dazu noch, kurz- bis mittelfristig, die bereits unsichere irische Haushaltslage. Obwohl Irland selbst kein Gas aus Russland importiert, kommen 97 Prozent seiner Gasimporte aus dem oder durch das Vereinigte Königreich, auch mit Ursprung in Norwegen, Belgien oder den Niederlanden.[8] Die geringere Energieversorgung auf den Märkten des Kontinents wirkt sich somit auch ganz unmittelbar auf die Preisentwicklung in Irland aus.

Der Krieg in der Ukraine hat weitreichende Folgen für die internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert. Er stellt einen Angriff auf die Sicherheit der ganzen Region dar und fordert die Verteidigungsfähigkeit der EU heraus. Zum Zeitpunkt des Verfassens hatte die EU sechs Sanktionspakete gegen Russland verhängt, mit Konsequenzen für Einzelpersonen (Oligarch:innen, Politiker:innen und Diplomat:innen), Russlands Zugang zum EU-Binnenmarkt und für die Einfuhr russischer Waren (Rohstoffe, fossile Brennstoffe, Technologie) oder Dienstleistungen (Finanz- und Bankwesen).[9] Die Mitgliedstaaten reagierten auch proaktiv auf die humanitären und sicherheitspolitischen Krisen in der Ukraine.

Irland beteiligte sich über die Europäische Friedensfazilität zunächst mit 22 Mio. Euro für „nicht-tödliche Hilfeleistungen". Dieser Beitrag wurde in der Folge auf 33 Mio. Euro erhöht.[10] Darüber hinaus spendete Irland humanitäre Hilfsgüter im Wert von 20 Mio. Euro,

4 Department of Public Expenditure and Reform: Budget 2022. Expenditure Report, 12.10.2021.
5 Jack Horgan-Jones/Cormac McQuinn/Vivienne Clarke: 'Time to be ourselves again': Taoiseach confirms end to almost all Covid-19 restrictions, in: The Irish Times, 21.1.2022.
6 Government of Ireland: Detailed profile of total cases: Deaths by date of death. Ireland's Covid-19 Data Hub, abrufbar unter https://covid19ireland-geohive.hub.arcgis.com/pages/detailed-profile-of-cases (letzter Zugriff: 15.7.2022).
7 Government of Ireland: Detailed profile of total cases, 2022.
8 Sustainable Energy Authority of Ireland: Energy Security in Ireland. 2020 Report, September 2020.
9 Europäischer Rat/Rat der EU: EU response to Russia's invasion of Ukraine, abrufbar unter https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-response-ukraine-invasion/ (letzter Zugriff: 1.8.2022).
10 Cormac O'Keeffe: Ireland will 'pay its share' of the EU's growing fund for Ukraine, in: Irish Examiner, 10.4.2022.

darunter Blutkonserven, Bioschutzanzüge und medizinische Masken.[11] Bis zum 22. Mai 2022 hatte Irland auch 33.151 Geflüchteten aus der Ukraine Asyl gewährt.[12] Bei allem humanitären Engagement wurde doch die Frage nach der militärischen Neutralität Irlands wieder aufgeworfen, begleitet von den NATO-Beitrittsbekundungen Schwedens und Finnlands wie einer nie da gewesenen Aufrüstung Deutschlands. Irland ist kein Mitglied der NATO und macht nur verhaltene Zusagen im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO). Gemäß der Klausel über die gegenseitige Verteidigung des Vertrags von Lissabon würde sich die Unterstützung Irlands im Falle von EU-Offensiven auf nichtmilitärische Maßnahmen beschränken. In seiner Rede vor dem irischen Parlament am 6. April 2022 lobte Präsident Wolodymyr Selenskyj die Bemühungen des Landes zur Unterstützung der Ukraine.[13] Zuvor hatte es während einiger Wochen Spekulationen darüber gegeben, ob der Präsident Irland vorgeworfen haben soll, die geplante EU-Kandidatur der Ukraine nicht vollumfänglich unterstützen zu wollen.[14] Was jedoch auf absehbare Zeit nicht zur Debatte stehen wird, ist die Neutralität Irlands. Gerade das Thema der Sicherheit spielte für die irische Öffentlichkeit immer eine entscheidende Rolle in EU-Referenden, so z. B. schon bei Nizza II. Jüngste Umfragedaten zeigen erneut, dass 66 Prozent der irischen Öffentlichkeit die Neutralität befürworten.[15] Es gibt aber auch eine überwältigende Mehrheit für eine Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene (83 Prozent) sowie für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Europa (73 Prozent).[16]

Das Nordirland-Protokoll und das Vereinigte Königreich

Am 13. Juni 2022 brachte die britische Regierung im Unterhaus einen Gesetzentwurf zum Nordirland-Protokoll ein.[17] Das Gesetz soll grundsätzliche Probleme des Protokolls lösen, wie z. B. aufwändige Zollverfahren, rigide Vorschriften, Diskrepanzen bei Steuern und Ausgaben sowie Fragen demokratischer Strukturen. Die Regierung rechtfertigt den Gesetzentwurf mit Art. 16 des Nordirland-Protokolls.[18] Kritiker:innen entgegnen, der Entwurf verstoße gegen die Verpflichtungen des Austrittsabkommens, gegen internationales Recht, das Karfreitagsabkommen und die Regeln des EU-Binnenmarktes.

Der irische Premierminister bezeichnete den Gesetzentwurf, unter Verweis auf das nordirische Wirtschaftswachstum seit Einführung des Protokolls, als einen „Akt der wirtschaftlichen Zerstörungswut".[19] Im Vergleich ist das nordirische BIP zwischen Juli und September 2021 stärker gewachsen als das von England, Schottland und Wales. Dies wird

11 Department of Health: Press release, Government Ministers announce Irish support for Ukrainian health service, 14.3.2022.
12 Central Statistics Office: Arrivals from Ukraine in Ireland Series 1, 27.5.2022.
13 Houses of the Oireachtas: Address by H.E. Volodymyr Zelenskyy, President of Ukraine, Dáil Eireann debate, 1020/6, 6.4.2022.
14 Shona Murray/Paul Hosford/Pavel Polityuk: Zelensky accuses Ireland of not fully supporting Ukraine's entry to the EU, in: Irish Examiner, 25.3.2022.
15 Pat Leahy/Dan McLaughlin: Overwhelming support for retention of Ireland's military neutrality, in: The Irish Times, 15.4.2022.
16 Europäische Kommission: Eurobarometer. Key Challenges of our Times - The EU in 2022: Country Factsheet Ireland, Special Eurobarometer 526, 2694/SP526, Juni 2022.
17 Foreign, Commonwealth/Development Office UK: Press release, Government introduces bill to fix the Northern Ireland protocol, 13.6.2022.
18 Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft, in: Amtsblatt der EU L29/7, 31.1.2020.
19 Olivia Kelleher: UK protocol policy an act of 'economic vandalism' against North, says Taoiseach, in: The Irish Times, 19.6.2022.

auf die wirtschaftliche Angleichung der Region an den EU-Binnenmarkt und die verstärkten Handelsbeziehungen mit der Republik Irland im Jahr 2021 zurückgeführt.[20] Angesichts des unilateralen Handelns des Vereinigten Königreichs zur Untergrabung der Bestimmungen des Protokolls, mit all seinen vielschichtigen Auswirkungen, hat die EU Gegenmaßnahmen eingeleitet. Es ist anzunehmen, dass die EU mit einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof oder einer Rüge des Vereinigten Königreichs in Verbindung mit einem möglichen Handelskrieg reagieren würde. Letzteres hätte angesichts der aktuellen Lebenshaltungskostenkrise, dem Krieg in der Ukraine und den wirtschaftlichen Spätfolgen der Covid-19-Pandemie, eine außerordentlich schwierige Lage zur Folge.[21]

Die Zukunft Europas

88 Prozent der irischen Bürger:innen befürworten Irlands Mitgliedschaft in der EU und 79 Prozent sind der Meinung, dass sich die EU-Mitgliedschaft für sie positiv ausgewirkt hat. Die Konferenz zur Zukunft Europas wurde in mehreren koordinierten regions- und sektionsübergreifenden Veranstaltungen landesweit ausgerollt. Es wurden verschiedene Sektionen gebildet, um dort zentrale Prioritäten und Interessen für die Zukunft Europas zu erfassen.[22] Darüber hinaus reisten Ir:innen nach Straßburg, um an europäischen Bürgerforen teilzunehmen, deren Beratungen über Kernpunkte in den Plenarbericht der Konferenz einfließen würden. Der Abschlussbericht der Konferenz wurde schließlich zum Europatag 2022 veröffentlicht.[23] Ungeachtet aller Krisen und Widrigkeiten steht Irland klar und beständig zum europäischen Projekt. Selbst mit Blick auf die steigenden Lebenshaltungskosten geben 62 Prozent der Ir:innen an, dass die Verteidigung der europäischen Werte Vorrang haben solle, und sie sind der Ansicht, dass der Schutz von Menschenrechten, Demokratie, der Gleichstellung der Geschlechter und der Niederlassungsfreiheit in der ganzen EU auch in Zukunft die Tagesordnung des Europäischen Parlaments bestimmen solle.[24]

Schlussfolgerungen

Die Covid-19-Todesfälle sind in Irland deutlich gesunken, und die Beschäftigungs- wie auch die Wirtschaftslage haben sich kontinuierlich verbessert. Der Krieg in der Ukraine und der unilaterale Angriff des Vereinigten Königreichs auf das Nordirland-Protokoll stehen einer kurz- bis mittelfristigen Rückkehr Irlands zu wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität jedoch weiterhin im Weg. Irland trotzt mit aller Widerstandskraft dem Risiko sich verschlechternder Wirtschaftsdaten infolge der Auswirkungen von Covid-19 und ist entschlossen, das europäische Projekt weiter voranzubringen. Die EU-Mitgliedschaft erfährt weiterhin große Unterstützung und den höchsten Stellenwert in der irischen Bevölkerung nimmt nun, angesichts der russischen Aggression, die Verteidigung europäischer Werte ein.

Weiterführende Literatur

Mary C. Murphy/Jonathan Evershed: A Troubled Constitutional Future: Northern Ireland after Brexit, Newcastle 2022.

20 Shawn Pogatchnik: Northern Ireland economy outpacing post-Brexit Britain, in: Politico, 1.6.2022.
21 Jennifer Rankin: Northern Ireland protocol: how might EU respond to UK plans?, in: The Guardian, 13.6.2022.
22 Konferenz zur Zukunft Europas: Nationale Foren und Veranstaltungen, Irland, abrufbar unter https://futureu.europa.eu/pages/ireland (letzter Zugriff: 15.7.2022).
23 Konferenz zur Zukunft Europas: Conference on the Future of Europe, Report on the Final Outcome, Mai 2022.
24 Europäisches Parlament: Special Eurobarometer of the European Parliament Spring 2022, 97.3 EB041EP, Ireland 2022.